SATZUNGEN

Des Verbandes „Regionaler Wirtschaftsverband Altheim - Geinberg“

Die Gemeinden Altheim, Aspach, Geinberg, Höhnhart, Kirchdorf am Inn, Mining, Moosbach, Mühlheim am Inn, Polling im Innkreis, Rossbach, St. Veit im Innkreis, Treubach und Weng im Innkreis bilden zum Zwecke der Errichtung und des Betriebes von Betriebsansiedlungsgebieten einen Gemeindeverband im Sinne des O.Ö. Gemeindeverbändegesetzes, der im folgenden Verband genannt wird. Der Verband wird durch Vereinbarung der beteiligten Gemeinden mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde gebildet.

I. Allgemeines

§ 1 Name und Sitz und Geschäftsstelle

- (1) Der Verband trägt den Namen „Regionaler Wirtschaftsverband Altheim – Geinberg“.
- (2) Der Verband hat seinen Sitz im Stadtamt Altheim.

§ 2 Gebiete

- (1) Das Betriebsansiedlungsgebiet des Verbandes liegt in den Gemeinden Altheim und Geinberg. Es wird durch Beschluss der Verbandsversammlung festgelegt.
- (2) Weitere Gebiete in den Mitgliedsgemeinden können durch Beschluss der Verbandsversammlung aufgenommen werden, wenn es den Interessen des Verbandes entspricht.

§ 3 Mitgliedsgemeinden und Aufteilung des Aufwandes und der Einnahmen

- (1) Mitgliedsgemeinden sind die Gemeinden Altheim, Aspach, Geinberg, Höhnhart, Kirchdorf am Inn, Mining, Moosbach, Mühlheim am Inn, Polling im Innkreis, Rößbach, St. Veit im Innkreis, Treubach und Weng im Innkreis.
- (2) Die für die Erfüllung des Verbandszweckes erforderlichen Aufwendungen und die Einnahmen werden nach folgendem Schlüssel aufgeteilt.

Stadtgemeinde Altheim	26,00 %
Marktgemeinde Aspach	14,50 %
Gemeinde Geinberg	14,50 %
Gemeinde Höhnhart	6,86 %
Gemeinde Kirchdorf am Inn	3,09 %
Gemeinde Mining	5,72 %
Gemeinde Moosbach	4,50 %
Gemeinde Mühlheim am Inn	3,19 %
Gemeinde Polling im Innkreis	4,51 %

Gemeinde Rossbach	4,63 %
Gemeinde St. Veit im Innkreis	2,00 %
Gemeinde Treubach	3,68 %
Gemeinde Weng im Innkreis	6,82 %
Gesamt	100,00 %

- (3) Leistungen, die Standortgemeinden auf Ersuchen des Regionalen Wirtschaftsverbandes für den Verband erbringen, sind der jeweiligen Gemeinde zu ersetzen. Grundlage für dieses Ersuchen bildet ein Beschluss des Vorstandes.

II. Aufgaben des Verbandes

§ 4 Verbandszweck

Der Zweck des Verbandes ist die Sicherung und Weiterentwicklung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Dieser Zweck wird durch folgende Aufgaben gewährleistet.

- die Planung und Erschließung von Betriebsansiedlungsgebieten,
- die Teilung von Kosten und Erträgen
- die Gestaltung gemeinsamer Marketingmaßnahmen und
- die Abstimmung der diesbezüglichen Wirtschaftsförderung.

§ 5 Erschließung der Betriebsansiedlungsgebiete

- 1) Um die finanzielle Belastung der Mitgliedsgemeinden in Grenzen zu halten, erfolgt die Erschließung abschnittsweise und entsprechend dem zu erwartenden Bedarf.
- 2) Der Verband erschließt die Betriebsansiedlungsgebiete in folgender Weise:

Der Verband leistet die innere und äußere Infrastrukturanbindung (Verkehrerschließung, Wasserver- und Abwasserentsorgung, Anbindung an Energieträger wie z.B. Strom, usw.). Dafür verrechnet der Verband den Betrieben ein vom Verband festzulegendes Erschließungsentgelt.

Liegen einzelne Maßnahmen zur inneren und äußeren Infrastrukturanbindung des Gewerbegebietes nicht im ausschließlichen Interesse des Verbandes, sondern profitieren auch andere Gebiete der jeweiligen Standortgemeinde von den infrastrukturellen Versorgung des interkommunalen Gewerbegebietes, so kann die Verbandsversammlung festlegen,

auf welche infrastrukturelle Maßnahmen dies zutrifft sowie jenen Anteil an den entstehenden Kosten der einzelnen Maßnahmen bestimmen, den im konkreten Fall die Standortgemeinde übernehmen muss.

III. Organisation des Gemeindeverbandes

§ 6 Organe des Verbandes

- (1) Die Organe des Verbandes sind
 - a) die Verbandsversammlung
 - b) der Verbandsvorstand
 - c) der Obmann
- (2) Die Höhe der Aufwandsentschädigung für Obmann und Obmannstellvertreter sowie der Kostenersatz für die Mitglieder der Verbandsversammlung wird durch Verordnung der Landesregierung festgesetzt.

§ 7 Verbandsversammlung

- (1) In der Verbandsversammlung haben alle Mitgliedsgemeinden Sitz und Stimme.
- (2) Die auf die einzelnen Mitglieder entfallende Zahl der Stimmen wird festgesetzt:

a) Altheim	4 Stimmen
b) Aspach	2 Stimmen
c) Geinberg	3 Stimmen
d) Höhnhart	1 Stimme
e) Kirchdorf am Inn	1 Stimme
f) Mining	1 Stimme
g) Moosbach	1 Stimme
h) Mühlheim am Inn	1 Stimme
i) Polling im Innkreis	1 Stimme
j) Rossbach	1 Stimme
k) St. Veit im Innkreis	1 Stimme
l) Treubach	1 Stimme
m) Weng im Innkreis	1 Stimme
 Gesamt	 19 Stimmen.

- 3) Jede Gemeinde entsendet aus Ihrem Gemeinderat in die Verbandsversammlung so viele Vertreter, als ihr Stimmen zustehen. Für jeden Vertreter ist auch ein Stellvertreter zu bestellen.
- 4) Die Verbandsversammlung ist durch den Obmann bei Bedarf sowie mindestens einmal jährlich zur Beschlussfassung über den Jahresvoranschlag, den Nachtragsvoranschlag und den Rechnungsabschluss nachweislich einzuberufen. Überdies ist die Verbandsversammlung durch den Obmann einzuberufen, wenn Verbandsvorstandsmitglieder, die zusammen ein Drittel der Stimmen vertreten es verlangen.
- 5) Alle Mitglieder der Verbandsversammlung sind unter der Bekanntgabe der Tagesordnung mindestens zwei Wochen vorher schriftlich zu verständigen.
- 6) Die Verbandsversammlung kann beschließen das Fachleute in beratender Stimme beigezogen werden.

- 7) Beschlüsse über Anträge von Mitgliedsgemeinden betreffend die Änderung der Satzung (z.B. die Änderung des Aufwendungs Schlüssel für Aufwendungen und Einnahmen, über die Auflösung des Verbandes, über die Aufnahme neuer Mitglieder in den Verband) bedürfen der Zustimmung von Drei – Viertel der Stimmen.
- 8) Im übrigen gelten für die Beschlussfassung und Abstimmung die entsprechenden Bestimmungen der O.Ö. GemO. 1990:
- 9) Über die Sitzung der Verbandsversammlung ist eine Niederschrift aufzunehmen, die vom Obmann und den Schriftführer zu unterzeichnen ist. In der Niederschrift sind sämtliche Anträge, Beschlüsse und der wesentliche Beratungsverlauf aufzunehmen. Die Niederschrift ist den Mitgliedern der Verbandsversammlung innerhalb von sechs Wochen nach der Sitzung nachweislich zuzustellen. Die Mitglieder der Verbandsversammlung können bis zur nächsten Sitzung Einwendungen erheben, worüber die Verbandsversammlung Beschluss zu fassen hat.

§ 8 Aufgaben der Verbandsversammlung

- (1) Die Verbandsversammlung legt die Grundsätze für die Verwaltung des Verbandes fest und entscheidet in der ihr durch Gesetz oder diese Satzung zugewiesenen Angelegenheiten.
- (2) Der Verbandsversammlung sind vorbehalten:
 - a) Die Auswahl einer Fläche als Betriebsansiedlungsgebiet des Verbandes
 - b) Die Wahl und die Abberufung des Obmannes, des Obmannstellvertreters und der übrigen Mitglieder des Vorstandes.
 - c) Beschlüsse über Anträge von den Mitgliedsgemeinden zur Änderung der Satzung, insbesondere betreffend den Beitritt einer Gemeinde sowie die Auflösung des Verbandes, die Erlassung von Verordnungen, die Ausübung der in den verfahrensrechtlichen Bestimmungen vorgesehenen oberbehördlichen Befugnisse.
 - d) Die Beschlussfassung über den Voranschlag, den Nachtragsvoranschlag, den Rechnungsabschluss und den Dienstpostenplan.
 - e) Die Festsetzung von Gebühren und Entgelten für die Benützung von Einrichtungen und Anlagen des Verbandes.
 - f) Der Feststellungsbeschluss über den Kostenersatz oder die auf die einzelnen Gemeinden entfallenen Kostenanteile (Vorauszahlungen) und Einnahmeanteile.
 - g) Die Erlassung von Richtlinien über die Ansiedlung von Betrieben und die Festlegung des Erschließungsentgeltes.
 - h) Die Beschlussfassung über die Planung und Ausführung von Bauvorhaben, Vergabe von Bauaufträgen, soweit bei letzterem die geplante Auftragssumme EURO 72.500,00 ohne Umsatzsteuer übersteigt.
 - i) Der Ankauf und Verkauf von Grundstücken
 - j) Die Beschlussfassung über die Aufnahme von Darlehen und Krediten sowie über Leasingfinanzierungen.

§ 9 Vorstand

- (1) Der Vorstand besteht aus dem Obmann, dem Obmannstellvertreter und fünf weiteren Vorstandsmitgliedern, wobei den Standortgemeinden und den zwei einwohnerstärksten Gemeinden je ein Sitz im Vorstand zukommen soll. Gleichzeitig ist je ein Stellvertreter für den Fall der Verhinderung bei Sitzungen namhaft zu machen.

- (2) Der Vorstandsvorstand ist nach Bedarf, mindestens jedoch halbjährlich, oder wenn dies von einem Vorstandsmitglied verlangt wird, vom Obmann einzuberufen.
- (3) Der Vorstandsvorstand ist bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Vorstandsmitglieder beschlussfähig.
- (4) Der Vorstand beschließt mit einfacher Mehrheit.
- (5) Der Obmann stimmt mit.
- (6) Über die Sitzung des Vorstandes ist eine Niederschrift aufzunehmen, die vom Vorsitzenden und vom Schriftführer zu unterzeichnen ist.
- (7) Der Vorstand wird von der Verbandversammlung aus ihrer Mitte jeweils auf die Dauer der Funktionsperiode der Gemeinderäte in Oberösterreich gewählt. Endet die Vertretungsbefugnis eines Vorstandsmitgliedes als Vertreter der ihn entsendenden Gebietskörperschaft oder legt ein Vorstandsmitglied seine Funktion zurück, ist eine Nachwahl für die restliche Funktionsdauer des Vorstandes vorzunehmen.

§ 10 Aufgaben des Vorstandes

In den Wirkungskreis des Vorstandes fallen alle nicht ausdrücklich anderen Verbandsorganen vorbehaltenen Angelegenheiten.

Insbesondere obliegt dem Vorstand

- a) die Leitung und Besorgung der Verbandsangelegenheiten nach Maßgabe der Satzungen und der von der Verbandversammlung beschlossenen Richtlinien. Es erfolgt die Vorberatung der in die Zuständigkeit der Verbandversammlung fallenden Angelegenheiten.
- b) die Erstellung des Jahresvoranschlages und Jahresrechnungsabschlusses
- c) die Beschlussfassung in allen das Personal des Verbandes betreffenden Angelegenheiten.
- d) die Entscheidung über die Ansiedlung von Betrieben entsprechend der zu erlassenden Richtlinien durch die Verbandversammlung

§ 11 Aufgaben des Obmannes

- (1) Dem Obmann obliegt
 - a) die Leitung der Geschäftsstelle
 - b) die Vertretung des Verbandes nach außen.
 - c) die Besorgung der behördlichen Aufgaben des Gemeindeverbandes.
 - d) die Einberufung und Leitung der Sitzungen der Verbandversammlung und des Vorstandes.
 - e) Die Zeichnung für den Verband; Urkunden über Rechtsgeschäfte des Verbandes sind, soweit es sich nicht um Angelegenheiten der laufenden Verwaltung handelt, vom Obmann und von einem weiteren Mitglied des Vorstandes zu unterfertigen.
 - f) Die Durchführung der Beschlüsse der Verbandversammlung und des Vorstandes.
 - g) Bei Verhinderung des Obmannes obliegen die Aufgaben des Obmannes dem Obmannstellvertreter – und zwar bei vorübergehender Verhinderung für die Dauer der Verhinderung, bei dauernder Verhinderung bis zur Wahl des neuen Obmannes.

- h) Dem Obmann obliegt die laufende Geschäfts- und Betriebsführung. Hiezu zählen auch alle erforderlichen Anschaffungen und Tätigkeit von Ausgaben im Rahmen des Jahresvoranschlags, sofern sie im Einzelfall den Betrag von 1% der ordentlichen Einnahmen des Jahresvoranschlags nicht überschreiten und höchstens aber EURO 10.000,00 betragen.

§ 12 Entscheidung in Streitfällen

Auf Antrag des Verbandes oder einer verbandsangehörigen Gemeinde entscheidet die O.Ö. Landesregierung über Streitigkeiten aus dem Verbandsverhältnis.

§ 13 Bedienstete des Verbandes

Der Verband kann die zur Erfüllung seiner Aufgaben erforderlichen Bediensteten einstellen.

IV. Finanzierung des Gemeindeverbandes

§ 14 Geschäftsgebarung, Jahresvoranschlag, Jahresrechnungsabschluss und Rechnungsprüfung

- (1) Für die Vermögensgebarung und die Haushaltsführung des Verbandes gelten die Bestimmungen des vierten und fünften Hauptstückes der O.Ö. GemO. 1990 in der Fassung der GemO – Novelle 2002 LGBl. Nr. 152/2001 mit Ausnahme der Bestimmungen der §§ 70 – 72 des § 82 und des § 91 Abs. 1 und 3 bis 6 sowie § 91 a sinngemäß.

§ 15 Finanzbedarf

- (1) Der Finanzbedarf des Verbandes wird durch Erträge aus dem Vermögen, durch öffentliche Zuschüsse vom Bund, Europäischer Union sowie dem Land O.Ö. oder Zuschüsse Dritter und durch Aufnahme von Darlehen und Krediten gedeckt.

§ 16 Aufteilung und Abführen von Erträgen

- (1) Die Standortgemeinden der Betriebsansiedlungsgebiete sind verpflichtet, den Verkehrsflächenbeitrag sowie Anschlussgebühren aus den in § 2 definierten Gebieten, nach den jeweiligen Gebührenordnungen der Standortgemeinden, jeweils zu Quartalsende, entsprechend dem tatsächlichen Gebührenaufkommen, an den Verband abzuführen.

- (2) Die Mitgliedsgemeinden des Verbandes erklären die Absicht, die Gebührensätze und Abgaben, die mit der Ansiedlung von Betrieben im interkommunalen Gewerbegebiet verbunden sind, untereinander und mit dem Verband zu harmonisieren.
- (3) Die Mitgliedsgemeinden des Verbandes verpflichten sich weiters, allfällige Wirtschaftsförderungen, die mit der Ansiedlung von Betrieben im interkommunalen Gewerbegebiet verbunden sind, nur im Einvernehmen mit dem Verband vorzunehmen.
- (4) Die Aufteilung der erforderlichen Aufwendungen und jene über sämtliche Einnahmen hat durch die Verbandsversammlung entsprechend dem Aufwendungs Schlüssel gemäß § 3 der Satzung zu erfolgen. Dadurch erhöht sich die Finanzkraft der Standortgemeinden.

Die Verbandsmitglieder verpflichten sich, die für die Standortgemeinden im Zuge der höheren Finanzkraft entstehenden Auswirkungen (höherer Krankenanstalten- und Sozialhilfeverbandsbeitrag usw.) auszugleichen, solange es keine gesetzliche Regelung gibt.

V. Austritt von Mitgliedsgemeinden und Auflösung des Verbandes

§ 17 Austritt von Mitgliedsgemeinden

Ein Austritt einer Mitgliedsgemeinde kann nur aus wichtigen, insbesondere wirtschaftlichen Gründen erfolgen, aus denen die Mitgliedschaft einem Mitglied nicht mehr weiter zugemutet werden kann. Das ausgetretene Mitglied hat keinen Anspruch auf eine Vermögensauseinandersetzung.

§ 18 Auflösung

Die Auflösung des Verbandes ist nur durch übereinstimmende Beschlüsse der Gemeinderäte der Mitgliedsgemeinden möglich und bedarf der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Im Falle der Auflösung wird das nach Berichtigung der Schulden verbleibende Vermögen des Verbandes veräußert und unter den Mitgliedern gemäß dem Schlüssel in § 3 aufgeteilt. Verbleibende Schulden gehen auf die Verbandsmitglieder gemäß dem Schlüssel in § 3 über.

Sonstige Bestimmungen

§ 19 Aufsicht über den Verband

Die Aufsicht über den Verband obliegt der O.Ö. Landesregierung nach den Bestimmungen des VII. Hauptstückes der O.Ö. Gemeindeordnung 1990.

P.b.b. 01Z022528 K
Erscheinungsort Linz
Verlagspostamt 4021 Linz

Seite 41

LANDESGESETZBLATT

FÜR OBERÖSTERREICH

Jahrgang 2004

Ausgegeben und versendet am 21. April 2004

20. Stück

Nr. 20 Verordnung der Oö. Landesregierung, mit der die Vereinbarung der Gemeinden Altheim, Aspach, Geinberg, Höhnhart, Kirchdorf am Inn, Mining, Moosbach, Mühlheim am Inn, Polling im Innkreis, Roßbach, St. Veit im Innkreis, Treubach und Weng im Innkreis über die Bildung eines Gemeindeverbandes zum Zweck der Errichtung und des Betriebs von Betriebsansiedlungsgebieten genehmigt wird

Nr. 20

Verordnung

der Oö. Landesregierung, mit der die Vereinbarung der Gemeinden Altheim, Aspach, Geinberg, Höhnhart, Kirchdorf am Inn, Mining, Moosbach, Mühlheim am Inn, Polling im Innkreis, Roßbach, St. Veit im Innkreis, Treubach und Weng im Innkreis über die Bildung eines Gemeindeverbandes zum Zweck der Errichtung und des Betriebs von Betriebsansiedlungsgebieten genehmigt wird

Auf Grund des § 2 Z. 3, des § 4 und des § 5 Abs. 1 und 2 des Oö. Gemeindeverbändegesetzes, LGBl. Nr. 51/1988, in der Fassung des Landesgesetzes LGBl. Nr. 113/2002 wird verordnet:

§ 1

(1) Die Vereinbarung der Gemeinden Altheim, Aspach, Geinberg, Höhnhart, Kirchdorf am Inn, Mining, Moosbach, Mühlheim am Inn, Polling im Innkreis, Roßbach, St. Veit im Innkreis, Treubach und Weng im Innkreis zum Zweck der Errichtung und des Betriebs von Betriebsansiedlungsgebieten wird genehmigt.

(2) Der Wortlaut der im Abs. 1 genannten Vereinbarung ist aus der Anlage ersichtlich.

§ 2

(1) Diese Verordnung tritt mit Ablauf des Tages ihrer Kundmachung im Landesgesetzblatt für Oberösterreich in Kraft.

(2) Die im § 1 Abs. 2 genannte Anlage wird gemäß § 11 des Oö. Kundmachungsgesetzes verlautbart; sie ist während der Dauer der Wirksamkeit dieser Verordnung bei den Gemeindeämtern der verbandsangehörigen Gemeinden, bei den Bezirkshauptmannschaften Braunau am Inn und Ried im Innkreis, sowie bei der für die Vollziehung des Oö. Gemeindeverbändegesetzes zuständigen Abteilung des Amtes der Oö. Landesregierung während der Amtsstunden zur öffentlichen Einsicht aufzulegen.

Für die Oö. Landesregierung:

Ackerl
Landesrat

	W. K. 2004	U. K. 2004	U. K. 2004
Bürgermeister			
Amtsleiter			
Sekretariat			
Standesamt			
Meldearnk			
Ortspolizei			
Beurteilung			
Bauförderg			
Finanzabteilung			
Rechts			
WVU			